Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

№ 116. Freitag den 26. April. 1850.

Bekanntmachung.

Die allhier angekommenen Meßfremden, welche bis jetzt Aufenthalts-Karten nicht abgeholt, so wie diejenigen Einwohner, welche die bei ihnen logirenden Fremden noch nicht angemeldet haben, werden hiermit aufgefordert, solches ungesäumt zu bewirken.

Hierbei wird bemerkt, daß die Gebühren für Ausfertigung einer Aufenthalts-Karte 5 Ngr., und für Visirung eines Passes 2½ Ngr. betragen.

Wer über die gehörig erfolgte Meldung eine Bescheinigung zu erlangen wünscht, hat den Meldezettel doppelt einzureichen und empfängt sodann ein mit dem Stempel des unterzeichneten Amtes versehenes Exemplar zurück.

Leipzig, den 22. April 1850.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Stengel, Pol.-Dir.

Landtag.

Dreiundsechszigste öffentliche Sitzung der 2. Kammer am 24. April.

Nach dem Vortrage aus der Registrande, welche nichts von Belang enthielt, ergriff heute zuerst der Abg. Biedermann das Wort zur Begründung seines gestern eingebrachten Antrags: durch den für die deutsche Frage bestellten Ausschuß Erörterungen anstellen und berichten zu lassen, ob nicht der Zeitpunct eingetreten sei, wo die Kammer ihr verfassungsmäßiges Recht der Zustimmung zur Feststellung der deutschen Verfassungsangelegenheit geltend zu machen habe. Dieses Recht habe er zwar früher, der Nationalversammlung gegenüber, den einzelnen Landtagen nicht zuerkannt, etwas anderes sei es aber jetzt, den Regierungen gegenüber. Die Reaction steige immer mehr und es sei daher wohl die Annahme seines Antrags dringend wünschenswerth. Derselbe wird jedoch von mehrern Mitgliedern der Linken, vorzugsweise von Wigard bekämpft, welcher die Ansicht entwickelt, daß der Boden der in Frankfurt beschlossenen Reichsverfassung der alleinige Rechtsboden sei, an welchem die Volksvertretung festzuhalten habe. Die Reichsverfassung bestehe noch zu Recht, obwohl dies die jetzt herrschende Gewalt nicht anerkenne, und es bleibe deshalb der Volksvertretung nichts übrig, als zu protestiren und die Geschicke der Zukunft einer höhern Macht anheimzugeben. Aus diesem Grunde stimme er gegen die Ueberweisung des Biedermannschen Antrags an den Ausschuß für die deutsche Verfassungsfrage, weil es sich gar nicht von irgend einer Vereinbarung über eine andere als die Reichsverfassung handeln könne. Dagegen macht der Antragsteller geltend, daß in dem Zustimmungsrecht natürlich auch das Ablehnungsrecht enthalten sei, und daß sein Antrag daher dasselbe erzielen könne, was der Abg. Wigard verlange. v. Dieskau theilt die Ansicht des letztern, doch findet er es für zweckmäßig, daß der Präsident die Frage bei der Abstimmung nicht allein darauf richte, ob der Antrag dem deutschen Ausschuß überwiesen, sondern auch, ob er überhaupt einem Ausschuß überwiesen werden solle, was jedoch nicht angenommen wird. Rewitzer und Hering sind zwar im Princip mit den Gegnern des Antrags einverstanden, wünschen ihn jedoch an den Ausschuß gegeben, damit ihm Gelegenheit werde, sich auszusprechen. Endlich wird der Antrag gegen 8 Stimmen — Wagner aus Schneeberg, Dammann, Evans, v. Dieskau, Schaarschmidt, so wie v. Friesen, v. Polenz und Sommer aus Bernstadt — angenommen und zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung geschritten. Dieser betraf den in unserm gestrigen Berichte bezeichneten Differenzpunct der Kammern hinsichtlich der provisorischen Steuerausschreibung. Ueber diesen erstattete Vicepräsident Haberkorn Bericht, und der Ausschuß rieth mit Ausnahme eines Mitglieds (Rewitzers), dem Beschlusse der ersten Kammer beizupflichten, also auch die Erhebung der außerordentlichen Steuerzuschläge zu genehmigen. Es erhob sich hierüber eine sehr lebhafte Debatte, an welcher sich als Gegner des Ausschußantrags die Abgg. Rewitzer, Biedermann, Ziesler, Cramer und Wigard, als Vertheidiger desselben die Abgg. Wagner aus Schneeberg, der Ref. Haberkorn, Sommer aus Bernstadt und v. Polenz betheiligten. Bei der Abstimmung wurde der Antrag gegen 27 Stimmen (Nake, Naumann, Raschig, Rewitzer, Schaarschmidt, Thallwitz, Theile, Trenkmann, Weltz, Wich, Wigand, Wigard, Ziesler, Biedermann, Braun, Cramer, Dammann, v. Dieskau, Eckard, Evans, Funkhänel, Haubold, Heisterbergk, Hering, Jacob aus Bielau, Kalb, Kretschmar) genehmigt. Für den Antrag stimmten auch Müller aus Niederlösnitz, Wagner aus Schneeberg, Schwedler und Andere von der Linken. Hierauf folgte die fortgesetzte Berathung des kön. Decrets vom 21. Januar d. J., das Eisenbahnwesen betreffend, worüber Harkort einen sehr ausführlichen und eingehenden Bericht erstattete. Die sämmtlichen Ausschußanträge über die einzelnen Abtheilungen (sächs.-böhm. Eisenbahn, elektro-magnet. Telegraph von Dresden nach Leipzig u. s. f.) wurden nach kurzen